

Heinrich-Böll-Stiftung
Festung Europa ?
Effekte und Konsequenzen von Arbeitsmigration

Dokumentation der Konferenz

Panel III

„Legalisierungskampagnen in Europa“

ReferentInnen: Emilio Reyneri, University of Milan, Italien
Vassilis Tsianos, Gesellschaft für Legalisierung,
Frankfurt und Hamburg
Micaela Sampedro, ACCEM Spanien

DiskutantIn: Karen Schönwälder, Wissenschaftszentrum Berlin

Moderation: Antje Möller, MdHB, GAL, Sprecherin BAG Migration und
Flucht, Hamburg en Schönwalder

Emilio Reyneri umriss die Situation und den politischen Umgang mit Migranten in Italien. Ein Großteil der Immigranten träfe ohne Arbeitserlaubnis ein, 50 Prozent würden sich zumindest zeitweise ohne jegliche Registrierung im Inland aufhalten. Man gehe von 600,000 nicht-autorisierten Migranten aus. Diese Situation sei ein Ergebnis strikter Migrationspolitik, in die eine beständige Nachfrage nach Arbeitskräften, besonders auf dem ungelernten Sektor, nicht einbezogen werde. Weiterhin würden Grenzkontrollen fehlen. Dies hätte zu einer Einwanderung von Unregistrierten auf der einen und einer Expansion der Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit auf der anderen Seite geführt. Des weiteren sei die öffentliche Meinung Menschen aus „Entwicklungsländern“ gegenüber skeptisch. Rechte Parteien und Organisationen würden Ängste in der Bevölkerung schüren und für sich ausnutzen.

Regularisierungsschübe seien für die nationale Wirtschaft eine Hintertür, schließlich sei die „Legalisierung“ und damit das Verfügbar-Machen von Arbeitskräften, die bereits im Land lebten, weniger aufwendig, als das Anwerben von neuen Kräften aus dem Ausland. Längerfristig habe sich gezeigt, dass die meisten der regularisierten Migranten ihre registrierten Arbeitsstellen gehalten und damit die Bedingungen für die Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis erfüllt hätten. Der Großteil derer, bei denen dies nicht zuträfe, seien in ihre Heimatländer zurückgekehrt. Eine häufig genannte Gefahr dieser Regularisierungen sei, dass weitere Einwanderer ermutigt werden könnten, unregistriert einzureisen. Dies werde oftmals als „Magnet-Effekt“ bezeichnet. Reyneris Meinung nach sei es nötig, sowohl die Einflechtung von Immigranten in undokumentierte Arbeitsverhältnisse als auch nicht-autorisierte Einwanderung zu bekämpfen.

Micaela Sampedro zeigte auf, wie sich Migration in Spanien innerhalb von wenigen Jahren zu einem Thema der öffentlichen Diskussion entwickelte und mittlerweile nach dem Terrorismus an zweiter Stelle stehe. Die Zahl der Zuwanderer habe sich innerhalb von wenigen Jahren stark gesteigert – Spanien habe 2005 mehr Einwanderer aufgenommen, als alle anderen EU-Länder – und momentan gehe man von 600,000 nicht-registrierten Immigranten in Spanien aus.

Sie rief zu einer realistischen Einschätzung und Analyse in jedem Land auf. Dazu gehöre auch, sich den Tatsachen der nicht-autorisierten Immigration zu stellen. Sie halte es für dringend nötig, alle von der Migration Betroffenen, wie die öffentliche Verwaltung, Nicht-Regierungsorganisationen und die Zivilgesellschaft, an der Diskussion von Migration zu beteiligen.

Massenregulierungen halte sie für keinen gangbaren Weg, um die Landestür zu schließen. Illegale Einwanderer seien eine Realität und es sei nötig, dass diese erfasst werden würden und die Regierung dann ihrer Verantwortung nachkommen könne, sich um alle Menschen im Land zu kümmern.

Durch eine Kampagne des spanischen Innenministeriums konnten sich Einwanderer registrieren lassen, wenn sie keine Straftaten begangen hatten und weitere Bedingungen erfüllten. Alleine die Tatsache, dass sie sich illegal im Land aufhielten, wurde nicht als Verbrechen behandelt. Weiterhin musste ein Arbeitsvertrag von mindestens sechsmonatiger Dauer vorliegen. Um nach einem Jahr eine - nochmals vorübergehende - Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten, musste der Antragsteller eine Arbeitsstelle vorweisen und im vergangenen Jahr mindestens sechs Monate lang Sozialleistungen entrichtet haben.

Immigranten, die sich danach mindestens zwei Jahre im Inland aufgehalten und davon mindestens ein Jahr gearbeitet hatten, konnten eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung beantragen. Fraglich war allerdings, was mit den Familien und Kindern der Arbeiter geschehen sollte.

Sampedros Einschätzung nach würden Menschen auf illegale Weise einreisen, weil die legalen Wege beschränkt und ineffektiv seien. Es sei nötig, Immigrationsströme zu planen, es brauche allerdings eher Verhinderungs- als Minderungsinitiativen.

Vassilis Tsianos beschrieb die Aktivitätsbereiche der „Gesellschaft für Legalisierung“, die sich aus verschiedenen Initiativen wie „Kanak Attak“, „Kein Mensch ist illegal“, der „Brandenburger Flüchtlingsinitiative“ und anderen Gruppen zusammensetzt. Hauptanliegen sei es, Formen zur Verbreitung eines *anderen* Wissens über Migration zu schaffen. Ansatz seien radikal realistische und interventionistische Visionen und Formen der Einmischung. Das Thema Migration solle auch außerhalb von Expertenkreisen erwähnt werden, so dass den Feindbildern, Phantomen und Phantomschmerzen in der Gesellschaft ein alternativer Diskurs entgegengesetzt werden könne.

Wenn die Legalisierung des Status von Migranten unmöglich sei, arbeite die Initiative zumindest daran, sie in der Gesellschaft, bekannter, populärer und „eben auch Pop“ zu machen. Derzeit erstelle sie eine Karte mit Migrationswegen und Aufnahmebedingungen für Grenzübertritte innerhalb der Europäischen Union.

In Deutschland werde das *andere* Wissen überall da kreierte und verbreitet, wo sich Menschen und Initiativen berufen fühlen, sich einzusetzen. Tsianos beschrieb öffentliche Veranstaltungen in Köln, bei denen illegalisierte Menschen von ihren Erfahrungen berichten. Die „Gesellschaft für Legalisierung“ versuche Beratungsangebote in Deutschland zu etablieren und arbeite derzeit an einem Konzept für eine transkontinentale Krankenkasse.

Die Diskutantin **Karen Schönwälder** lehnte Regularisierungen als Patentlösung ab, auch wenn diese signifikante politische und soziale Exklusion beenden könnten. Sie warf die Frage auf, wie vorhersagbar das Verhalten von Immigranten eigentlich sei. Die Annahme, dass eine Regularisierung sich wie ein Magnet auf neue Einwanderer auswirke, sehe sie dadurch entkräftigt, dass es in Deutschland mit seinen restriktiven Gesetzen sehr viele illegale Migranten gäbe und auch in den USA Regularisierungen nicht zu einem Anstieg der Immigrantenzahlen geführt hätten.

Sie halte die Erfahrungen aus Italien und Spanien für ermutigend, da diese zeigen würden, dass es regularisierten Immigranten gelänge, Arbeit zu finden und eigenständig zu überleben. Sie wies darauf hin, dass Spanien gerade wegen der Immigration eine so starke Wirtschaft habe, stellte aber die Frage, ob und inwieweit die Erfahrungen aus Südeuropa auf Länder wie Deutschland, Frankreich oder Großbritannien übertragbar seien.

Weiterhin bezweifele sie, dass die öffentliche Meinung in Deutschland eine Legalisierung tatsächlich völlig ablehne. Dazu verwies sie auf die Situation in den 1960er und 1970er Jahren, als es viele illegale Immigranten gab, deren Status dann ohne öffentliche Opposition legalisiert wurde.

Die Regierung spreche dagegen von einem Magnet-Effekt und davon, dass organisierte Kriminalität durch eine Legalisierung unterstützt würde. Schönwälder frage sich, warum die deutsche Regierung humanitären Argumenten gegenüber so verschlossen sei und erklärte, dass es dem Staat viele Kosten ersparen würde, wenn der Grenzzugang etwas gelockert werden würde.

Antje Möller stellte abschließend fest, wie wichtig die Frage sei, warum gerade die deutsche Politik und Bevölkerung im Vergleich zu anderen Ländern so große Angst vor Legalisierungen habe.

Im Anschluss bemerkte Stephen Castles, wie schon in seinem Vortrag vom Vortag, dass der Glaube an die Macht der Politik schlichtweg falsch sei, was er durch alle Redebeiträge klar bestätigt sehe. Weiterhin wies er darauf hin, wie Arbeitgeber von der illegalisierten Lage von Migranten profitieren und ihre Mitarbeiter ausbeuten würden. Obwohl dies in vielen Ländern unter Strafe stehe, würden die Vergehen meist nicht verfolgt.

Ein weiterer Beitrag aus dem Publikum betraf die Macht der Sprache, die zur Beschreibung von Personen verwendet werde. Der Redner finde es nicht verwunderlich, wenn gerade in Deutschland gegenüber Migranten ein angsterfülltes und feindliches Klima herrsche, wenn sie als „Illegale“ bezeichnet und damit sofort im Bereich der Kriminalität verortet würden.